



# Das Reichsbanner

Zeitung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold / Bund der republikanischen Kriegsteilnehmer e. V. / Sitz Magdeburg

Erscheint am 1. und 15. jedes Monats. Bezugspreis 90 Pfg. vierteljährlich, Einzelnummer 20 Pfg. Postzeitungsliste 10. Nachtrag Seite 7. Druck und Verlag W. Pfannkuch & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 3. Fernsprecher 6265, 6266, 6267. Postfach 122 Magdeburg. Verantwortlicher Redakteur Karl Hiltmann, Magdeburg. Verantwortlich für Anzeigen E. Schuppe, Magdeburg. Alleinige Anzeigenannahme: Anzeigenverwaltung des Reichsbanners, Oranienstraße 3. Telefon 4619. Postfach 2625 Magdeburg. Schluß der Anzeigenannahme am 8. und 23. jedes Monats. — Insetions-Bedingungen: Die 9 gespaltene Millimeter-Zeile im Anzeigenteil 40 Gold-Pfg., die 3 gespaltene Millimeter-Zeile im Reklameteil 3 Gold-Mark. — Delogen nach Vereinbarung.

Nr. 11

Magdeburg, den 1. Juni

Jahrgang 1925

## Kampf um die Verfassung.

Von Oberstaatsanwalt Dr. Elling (Eisenach).

Dem Reichsbanner ist die Weimarer Verfassung nicht etwa ein Notbehelf, mit dem man lediglich über eine schwierige Zeit politischer Gärung hinweghelfen wollte, auch nicht — wie der flache Sinn neudeutscher Reaktion zu formulieren beliebt — ein Dutzendgewand aus einem Trödlerladen, das man dem deutschen Volk, ohne Rücksicht auf seine Eigenart, übergezogen hat. Uns ist diese Verfassung des Reiches vielmehr die einzig denkbare Rechtsgrundlage für die Errichtung der Volksgemeinschaft, die staatsrechtliche Bibel, in der wir alle Erfordernisse sittlicher Politik vereinigt finden, der Wegweiser für die Gestaltung unsers öffentlichen Lebens, die im hellen Lichte des 20. Jahrhunderts endlich daranzugehen muß, auch bei uns zu Lande Ernst zu machen mit der Anerkennung der gleichen Menschenwürde. Und dieses Werk von Weimar und seine ganze Ideenwelt ist heute genau so, wenn nicht noch mehr gefährdet als vor sechs Jahren, im Augenblick seiner Erschaffung. So alt diese Verfassung ist, so lange tobt der Kampf gegen sie. Nur seine Methoden und Formen haben im Laufe der Jahre gewechselt.

Noch im Jahre 1919, als die Monarchisten von heute ihr verlorenes Herz wiedergefunden hatten und die „Kreuzzeitung“ das Tisch Tuch zwischen ihrem Anhang und den Verfechtern des schwarzrotgoldenen Staates feierlich zerschneidete, begann die wilde Schmähung und manchmal kindische Verächtlichmachung des angeblich undeutschen Werkes. Ein Kernstück aus dieser Kampfweise, mit der man kein schlechtes politisches Geschäft machte, war die Behauptung, diese neue Verfassung habe gar keine Rechtsgültigkeit, denn sie beruhe auf dem Rechtsbruch vom 9. November 1918!

Wie lagen denn in Wahrheit die Dinge im November 1918? Als damals der deutsche Obrigkeitstaat in Trümmer ging, da schrieb der jetzige völkische Reichstagsabgeordnete Graf Reventlow, er gebe zugleich mit der Monarchie das ganze alte System preis; da lasen wir in der deutsch-nationalen Zeitung „Die Post“, daß man Ludendorff den Vorwurf machen müsse, er habe ein ganzes großes Volk dem Unglück und der Schande überliefert; da erklärte der jetzt völkische Herr Wulle, er erblicke die einzige Hoffnung auf Rettung unsers Volkes in dem edlen Farbdreieck „Schwarzrotgold“. Und der deutsch-nationale Kanzlerkandidat Tirpitz hatte schon während des Krieges in seinen Feldbriefen nach Hause geschrieben: „Sieg oder Niederlage. Mit dem Klassen- und Rassenstaat ist es vorbei! Wir bekommen die reine Demokratie!“ Damals, als alles das von heutigen Monarchisten gesagt und geschrieben wurde, war es die allgemeine Erkenntnis im deutschen Volke, daß die Monarchie verloren war. Deshalb rührte sich auch keine Hand zu ihrer Rettung. Auch der alte Ostelbier von Oldenburg-Januschau tat nicht das geringste zu ihrer Verteidigung, obwohl er immer gelobt hatte, er werde wie der getreue Winkelried mit seiner Brust die Speere auffangen, die seinem König gelten würden; und ebenso wenig tat der völkische Herr von Graefe etwas, obwohl er feierlich erklärt hatte, er werde sich für die Monarchie in Stücke hauen lassen. Es war damals die allgemeine Erkenntnis in unserm Volke: das ist ja gar keine Revolution, kein gewaltfamer Umsturz der bestehenden Ordnung, sondern das ist ein Bankrott des bisherigen Systems, eines bis auf die Knochen blamierten Systems, das den Mantel der Ruhmredigkeit Jahrzehnte hindurch kühl um seine Schultern geschlungen hatte, und am Ende des Krieges, als dieser Mantel plötzlich fiel, auch den Herzog preisgeben mußte!

Freilich, als diese Erkenntnisse Gemeingut des deutschen Volkes waren, da hatten wir noch nicht vergessen, daß wir im Felde unterlegen waren, daß zwei Millionen Amerikaner in der feindlichen Westfront die Entscheidung erzwingen hatten, daß der U-Boot-Krieg die Erwartungen seiner phantastischen Befürworter schändlich enttäuscht hatte, daß zuerst die Front unsrer bulgarischen Bundesgenossen zusammenbrach — wenigstens sieben Wochen vor dem angeblichen Rechtsbruch des 9. November! —, und daß die Oberste Seeresleitung am 1. Oktober 1918 die Herausgabe der deutschen Friedensbittte verlangte, weil die Armee keine 48 Stunden mehr warten könne!

Über was geschah schon wenige Monate nach jenen furchtbaren Tatsachen, die wir alle lebenden Herzens miterlebt hatten und die uns allen unvergeßlich bleiben sollten? Die Reaktion erfand die berühmte Dolchstoßlegende, wonach die deutsche Heimat menschen die siegreiche Front

erdolcht haben sollte, eine Erfindung, mit der unser Volk auch dann noch traktiert wurde, als der angebliche Kronzeuge für jene Legende, ein englischer General, 1922 mit aller Entschiedenheit jegliche Neußerung dementiert hatte, die man als Grundlage für die Legende hätte ausbeuten können. Die Reaktion erfand weiter das Gerücht von den Novemberverbrechern und wollte damit die Männer verächtlich machen, die beim Zusammenbruch in der Stunde höchster Not beherzt das Steuer des Reichsschiffes ergriffen, als die alten Steuerleute flüchteten, der eine mit der blauen Brille nach Schweden, ein anderer im Auto über die holländische Grenze, ein dritter in die spanische Gesandtschaft nach Brüssel. Die Reaktion beschimpfte endlich die Männer, die schweren Herzens im Wald von Compiègne das Siegel unter unsre militärische Niederlage setzten, nämlich Erzberger oder die andern Waffenstillstandsunterhändler, als Erzhalunken. Die im Weltkriege geschlagenen Generale hatten es allerdings verschmäht, den Waffenstillstand zu unterzeichnen. Aber ein General erdreistete sich, die deutschen Unterhändler wegen des Abschlusses als „Erzhalunken“ zu bezeichnen, und doch hätte auch dieser General es wissen müssen, daß es der jetzige Reichspräsident von Hindenburg war, der auf die telegraphische Anfrage der über die schweren Bedingungen entsetzten Unterhändler die Antwort gab: wenn die zu erfindende Erleichterung nicht gelinge, sei troßdem abzuschließen!

Warum aber wird unser unglückliches Volk mit jenen reaktionären Geschichtslügen gepeinigt, die notgedrungen zu seiner Zwiethracht führen mußten, wo höchste Eintracht das nationale Gebot der Stunde war? Aus zwei klar zutage liegenden Gründen: weil die deutsche Reaktion jene Geschichtslügen brauchte, um ihrer wüsten Agitation gegen die demokratische Republik eine Grundlage zu schaffen. Denn wenn es keinen Dolchstoß der hochverräterischen Heimat gab, wenn die Volksbeauftragten keine Novemberverbrecher waren und die Unterhändler des Waffenstillstands keine Erzhalunken, wenn die Reaktion vielmehr den Bankrott des von ihr vergötterten Systems zugeben mußte, worauf wollte sie dann ihre kühnen Hoffnungen auf Wiederherstellung eben dieses Systems gründen? Und zum andern: man brauchte die Geschichtsfälschung, daß am 9. November 1918 ein Rechtsbruch begangen sei, um nachher sagen zu können alles, was sich auf diesem Rechtsbruch aufbaue, habe keine Rechtsgeltung, also auch die neue Reichsverfassung nicht! So glaubte man, dem rechtlichen Fundament des neuen Staates rechtsverbindlichen Charakter absprechen zu können.

Wir kennen die ungeheure Gefahr solcher Geschichtsfälschung und ihre verderblichen Folgen: die Verwilderung des Staatsbürgerbewußtseins gerade in den Reihen derer, die in eitler Selbstüberhebung nicht müde werden, sich als die auserlesenen Staatsbürger auszugeben, die schreckliche Mordatmosphäre, der führende Republikaner Jahr um Jahr zum Opfer fielen, die Verantwortungslosigkeit, mit der auch beamtete Personen eben den Staat, in dessen Solde sie standen, Lehrer sogar vor ihren eignen Jünglingen, beschimpften. Kein Staat aber kann ohne Autorität bestehen und die Vorbereitung zum Bürgerkrieg dulden, wie er tatsächlich in den ersten Jahren der Republik drohte und wiederholt auch zum Ausbruch kam.

Seit einiger Zeit scheint es, als habe der Kampf gegen die Verfassung mildere Formen angenommen. Wir blieben eine Weile von Meuchelmorden an führenden Republikanern verschont, und das Gerücht vom Rechtsbruch des 9. November verstummte allmählich. Man hatte das Gefühl, als unterliege selbst mancher reaktionäre Fanatiker der Macht der Gewohnheit, als suche man dort nach mehrfach fehlgeschlagenen Rutschen erst nach neuen Wegen, um der verhassten Republik den Garaus zu machen. So schien man sich wohl oder übel auch in jenen Kreisen mit der Neuordnung der Dinge, wie sie nun einmal bestand, vorläufig abzufinden und seine Hoffnungen auf bessere Tage zu verschieben. Das empfahl sich aus deshalb, weil man die Gelegenheit zur Mitarbeit auf dem „Boden der Tatsachen“ für reaktionäre Zwecke auszunutzen zu können glaubte. Denn wenn der 9. November noch immer als Rechtsbruch verschrien blieb, so war schließlich auch die Kandidatur und die Präsidentschaft des Herrn von Hindenburg eine ungefähliche Sache. Die Verantwortlichen auf seiten der Reaktion versuchten es daher neuerdings mit andern Mitteln. Die jetzt im Reiche regierenden Männer und die hinter ihnen stehenden Parteien sprechen von einer

„Angleichung der Verfassung an die bestehende Rechtsübung“, von „Änderungen der Verfassung auf der Bahn organischer Entwicklung“. Man hört von Anträgen auf Volksentscheid über die Flaggenfrage usw. — Man ahnt hinter solchen Verlautbarungen das stille, aber zähe Bestreben, einen Stein nach dem andern vom Weimarer Werk abzutragen, planmäßig und zielbewußt, wenn auch vorsichtig und behutsam, um sich nicht verfrüht zu demaskieren und das auf diesem Wege mühevollere Werk monarchistischer Restauration ja nicht zu stören.

Es wäre ein schwerer Fehler, aus solcher zeitweiligen Milderung der reaktionären Methode auf eine weitgehend empordämmernde Einsicht jener Kreise zu schließen. Mit allzuviel Lungenkraft, Dreistigkeit und Fanatismus haben jene Elemente der demokratischen Republik den Tod geschworen, als daß man glauben könnte, sie hätten sich von ihren Zielen ernstlich abgesehen oder seien auch nur zu einem Kompromiß bereit. Der Organisationsplan des „Verbandes Hindenburg“, der Aufruf der Wikingers Landsknechte, die Tonart der Reaktion im Präsidentschaftswahlkampf, die ruchlosen Angriffe auf Leib und Leben unsrer Kameraden während der letzten Wochen, das alles sind Flammenzeichen, die uns sehr ernstlich an unser Gelöbnis mahnen, unsre Pflicht zu tun und nicht zu erlahmen im heiligen Kampfe für das Werk von Weimar und für die Unantastbarkeit der demokratischen Republik! —

### Das Reichsbanner im Ausland

Der Zusammenschluß der republikanischen Kriegsteilnehmer im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold ist nicht auf die reichsdeutschen Gebiete beschränkt geblieben. Auch die Kameraden und Gesinnungsfreunde, die durch ihren Beruf usw. gezwungen sind, sich im Ausland aufzuhalten, schließen sich in zunehmender Masse unsrer Organisation an, so daß wir heute in den meisten europäischen Staaten und in Amerika Mitgliedschaften zu verzeichnen haben. Sie sind die Pioniere der deutschen Republik im Ausland und ihre Aufgabe, die durch die schwarzweißrote Propaganda geschaffenen Vorurteile gegen das republikanische Deutschland zu zerstören, ist nicht immer leicht. Wertvolle Hilfe leistet ihnen dabei die republikanische Presse, nicht zuletzt auch die beiden Reichsbannerzeitungen.

Welche Widerwärtigkeiten ihnen zuweilen von Angehörigen des eignen Volkes bereitet werden, geht aus einer an das Reichsbanner gerichteten Zuschrift aus Spanien hervor, aus der wir folgendes zitieren:

Die Zeitungen, die sehr interessant sind, habe ich sofort mit einigen Freunden in der „Deutschen Viertelstunde“ ausgelegt und wir haben dafür Sorge getragen, daß sie nicht hinterücks entfernt werden. Die bisherige Republik hat dafür gesorgt, daß ihre Vertreter im Ausland hübsch monarchisch sind — die Republikaner bekamen von ihr einen Tritt. Es ist daher nicht zu verwundern, daß der größte Teil der Landsleute durch Stinnes-Literatur und sonstige Propaganda in wilhelminischen Bahnen erhalten wird. Zum erstenmal haben wir einen neuen Zug durch Auslage der Blätter eingeführt. Einige „Pensionäre der Republik“ protestierten und wollten unter Androhung des Bohotts den Wirt zwingen, die Blätter zurückzugeben. Darauf aber erklärten wir, daß wir gegen die Auslage anderer Blätter (wie z. B. „Friedrichs“, für die Pensionierten der Republik „Deutsche Zeitung“ usw.) gar nichts einwenden, daß wir aber die Auslage unsrer Blätter verlangten. Die Zahl der Republikaner muß der Monarchisten doch ziemlich gleichkommen, denn der Wirt hält jetzt eifrig darauf, daß unsre Blätter nicht von treudeutschen Händen entfernt werden.

Die Methoden, mit denen die „Pensionäre der Republik“ im Ausland gegen den republikanischen Gedanken ankämpfen, sind in der Heimat hinreichend bekannt. Um so erfreulicher ist die energische Zurückweisung der in ihrem Tun liegenden Unmaßung. Wenn alle deutschen Republikaner im Ausland so verfahren, werden derartig beschämende Vorgänge bald unterbleiben.

Allen Kameraden und republikanischen Gesinnungsfreunden, die fern der Heimat den schwarzrotgoldenen Farben und damit der Republik die Treue halten, ein fröhliches Frei Geil! —

